

Mythos Connewitz

Ist Connewitz ein Krisenherd, ein rechtsfreier Raum, gar ein abgeschotteter Stadtteil? **Seite 2**

Jetzt mal Butter bei die Fische

Landtagsabgeordnete Juliane Nagel legt ihre Einkünfte und Ausgaben offen. **Seite 4**

Miese Geschäfte auf Kosten älterer Menschen

Neuer Eigentümer übt Druck auf BewohnerInnen eines Seniorenheims aus. **Seite 6**

DIE LINKE.

Im Süden

Linke Wahlkreiszeitung für Leipzig-Süd | 2016



EIN GESPENST GEHT UM IN LEIPZIG

... es ist das Gespenst der sozialen Spaltung unserer Stadt. Steigende Mieten und Kinderarmut auf der einen, Luxusarrangierungen und Einwohnerwachstum auf der anderen Seite.

Leipzig wächst - doch damit auch die Mieten. Und auch weiterhin ist Leipzig sozial tief gespalten.

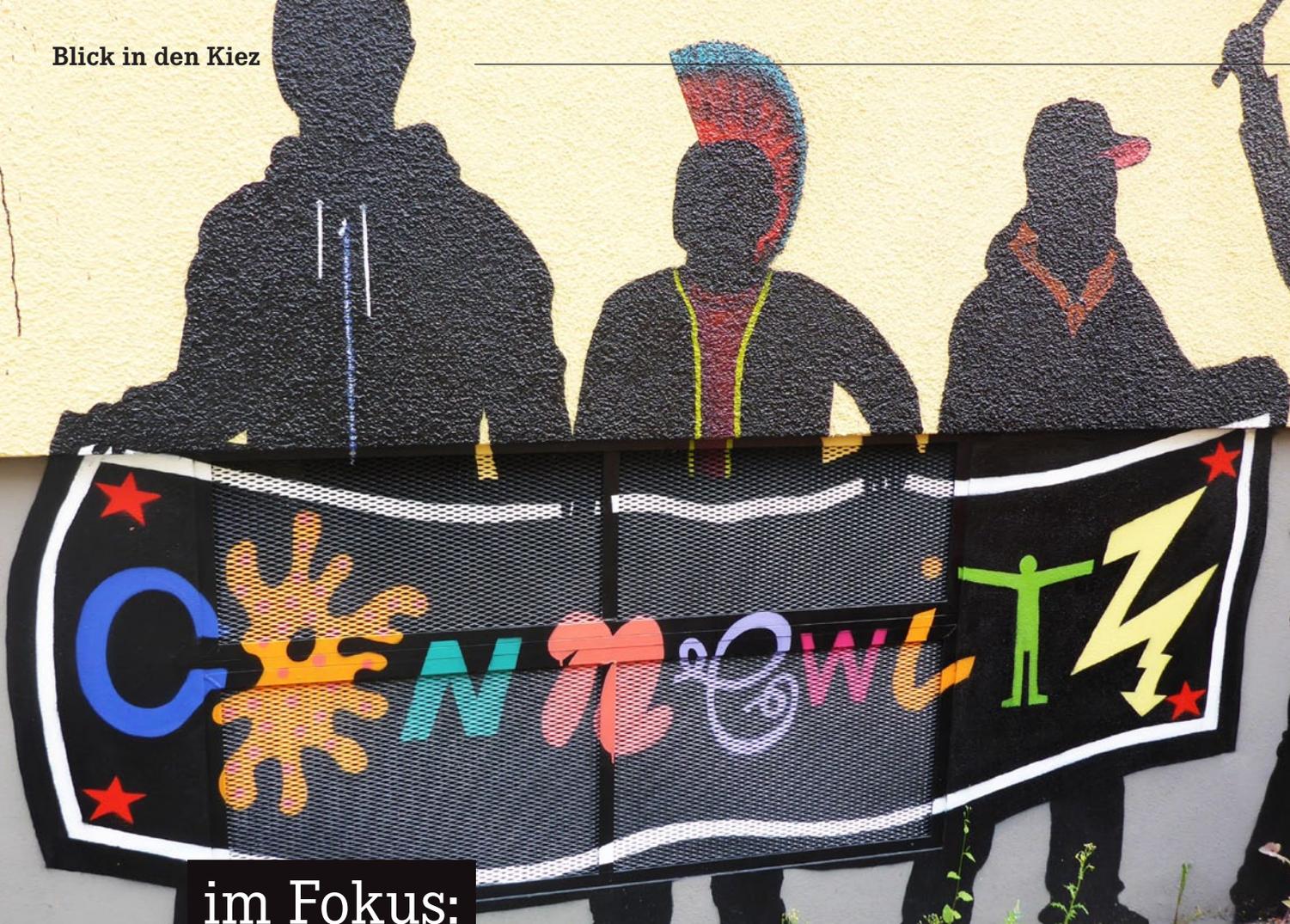
„Boomtown Leipzig“ und „Hypezig“ sind zwei Schlagworte, die in letzter Zeit häufig im Zusammenhang mit der Entwicklung unserer Stadt gefallen sind. Und klar ist: Leipzig wächst. Im Jahr 2015 allein ist die Bevölkerungszahl um 16.700 Menschen gestiegen, während sie vor 25 Jahren im Jahr 1990 noch um 16.400 Personen gefallen ist. Bis zum Jahr 2030 rechnet das Rathaus mit insgesamt 722.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Leipzig, wobei es sogar eine „obere Schätzungsvariante“ gibt, die von **770.000 Einwohnerinnen und Einwohnern** bis 2030 ausgeht. Das zeigt: Leipzig ist tatsächlich eine pulsierende und attraktive Stadt. Dabei hat dieses Wachstum aber auch erhebliche Schattenseiten und stellt uns vor große Herausforderungen: Wie soll der wachsende Verkehr bewältigt werden? Wie wird sichergestellt, dass es genug Schul-, Krippen- und Kindergartenplätze gibt? Wie soll Wohnen bezahlbar bleiben? Denn der Wohnraum in Leipzig wird zunehmend knapper und auch teurer. So sind die Mieten für ein WG-Zimmer beispielsweise von 2012 auf 2016 um 21 %

gestiegen und liegen nun bei durchschnittlich ca. 250 €. Laut der kommunalen Bürgerumfrage von 2014 ist der Anteil derjenigen Menschen, die bei einer angenommenen Erhöhung der Kaltmiete um 20 % ihre Miete nicht mehr problemlos weiterbezahlen können, sehr hoch und **betrifft über die Hälfte der Menschen** mit geringem Einkommen unserer Stadt. Geringes Einkommen heißt hier, netto 900 € oder weniger für einen Erwachsenen ohne Kind. Besonders betroffen sind die Gruppe der Erwerbstätigen (88 %), der Arbeitslosen (86 %), der Studierenden (79 %) und der Rentnerinnen und Rentner (79 %). Insgesamt hätten knapp 60 % der Leipzigerinnen und Leipziger Probleme, eine Mieterhöhung um 20 % in Zukunft zu bezahlen. Und diese Sorge ist nicht unberechtigt: **Jedem vierten Haushalt** wurden in den letzten fünf Jahren die **Mieten erhöht**. Besonders dreist: Knapp drei Viertel aller Mieterhöhungen gehen auf ein Mieterhöhungsverlangen des Vermieters zurück, ohne dass eine Aufwertung der Wohnung durch Modernisierung stattgefunden hat.

Auch was die Armut angeht, steht Leipzig weiter schlecht da. Während immer neue Luxuswohnungen gebaut werden, sind in Leipzig laut Hans-Boeckler-Stiftung **27 % der Kinder von Armut betroffen**. Doch viele Menschen engagieren sich mittlerweile, damit Leipzig eine „Stadt für alle“ und nicht nur für wenige Spitzenverdiener ist. Wir als LINKE stehen an der Seite dieser Menschen.

Quellen: Statistische Quartalsberichte der Stadt Leipzig, Hans-Boeckler-Stiftung, Bevölkerungsprognose der Stadt Leipzig

Ortsteil	Bevölkerung		Veränderung	
	2011	2015	+	+ in %
Südvorstadt	23179	24847	1668	7,2%
Connewitz	17404	18487	1083	6,2%
Marienbrunn	5634	6073	439	7,8%
Lößnig	10839	11059	220	2,0%
Dölitz-Dösen	4250	4734	484	11,4%
Probstheida	5767	6315	548	9,5%
Meusdorf	3412	3446	34	1,0%
Liebertw.	5134	5284	150	2,9%



im Fokus:

Mythos Connewitz?!

Bild: „Leipzig Connewitz“ von PercyGermany via Flickr- CC BY-NC-ND 2.0

Wer regelmäßig BILD und LVZ liest, könnte meinen, in Connewitz tobt täglich der Mob. Von Ausschreitungen, Krawallen und „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ ist da die Rede. Der CDU-Innenministerdarsteller Markus Ulbig spricht von einem „abgeschotteten Ortsteil“ und möchte „städtebauliche Maßnahmen“ ergreifen, um dieser vermeintlichen „Abschottung“ entgegenzuwirken. Übersetzt heißt das: Ulbig setzt auf steigende Mieten und eine Verdrängung

ca. 130 Straftaten je Eintausend EinwohnerInnen gab es 2015 in der Stadt Leipzig

der bisher in Connewitz lebenden Menschen. Seltsamerweise fühlen sich die meisten ConnewitzerInnen aber recht wohl und wenig abgeschottet. Connewitz ist zudem nach wie vor ein über die Stadtgrenzen hinaus beliebter Ort, der nicht nur beim Wave-Gotik-Treffen oder bei Konzerten besucht wird. Was also ist dran an den Schlagzeilen, am Gerede des Innenministers und dem „Mythos Connewitz“?

ca. 101 Straftaten je Eintausend EinwohnerInnen gab es 2015 in Connewitz

um 16.8% ist das Kriminalitätsaufkommen in Connewitz von 2014 auf 2015 gesunken

Zunächst: Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) weist für das Jahr 2015 in

um 7.1% ist das Kriminalitätsaufkommen in der Stadt Leipzig von 2014 auf 2015 gesunken

Connewitz mehr als 2.6 % der EinwohnerInnen Leipzigs, nämlich 3.3 % der LeipzigerInnen sind Connewitzer*innen.

Was Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die körperliche Unversehrtheit angeht, entfallen auf Connewitz sogar nur 1.7 %, nämlich 184 von insgesamt 10.534 Straftaten dieser Art. Auch bei Diebstahl und Betrug liegt der Anteil der Straftaten in Connewitz an denen der

gesamten Stadt deutlich unter dem Anteil an EinwohnerInnen. Einzig und allein bei „sonstigen Straftatbeständen“ und Straftaten nach „Strafnebengesetzen“ liegt Connewitz bei den Straftaten fast beim Anteil der EinwohnerInnen - aber eben nur fast. Umgerechnet auf die Anzahl der Ein-

wohnerInnen kommen in der gesamten Stadt etwa 130 Straftaten im Jahr 2015 auf 1.000 Personen. In Connewitz sind es hingegen nur 101 Straftaten je 1.000 Personen - und damit fast ein Viertel weniger als im Rest der Stadt. Eine Kriminalitätshochburg ist Connewitz also keinesfalls. Aber das wird die CDU und ihren Innenminister sicherlich auch in Zukunft kaum daran hindern, genau das zu behaupten...

allerdings wohnen in Connewitz mehr als 2.6 % der EinwohnerInnen Leipzigs, nämlich 3.3 % der LeipzigerInnen sind Connewitzer*innen.

Leipzig 73.614 Straftaten aus, wegen denen ermittelt wurde. Auf den Ortsteil Connewitz entfallen hiervon 1.874 Fälle - das sind knapp 2.6 %. Allerdings wohnen in Connewitz mehr als 2.6 % der EinwohnerInnen Leipzigs, nämlich 3.3 % der LeipzigerInnen sind Connewitzer*innen.

aber nur 2.6% beträgt der Anteil der Straftaten in Connewitz an der Gesamtzahl der Stadt

knapp 3.3% beträgt der Anteil der ConnewitzerInnen an der Einwohnerzahl Leipzigs

knapp 3/4 der ConnewitzerInnen sind mit ihrem Wohnunfeld „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“

was macht eigentlich

DIE LINKE.

im Stadtrat für den Süd(ost)en?

Erhalt Linie 9 von Connewitz nach Markkleeberg

DIE LINKE hat sich für den Erhalt der Straßenbahnlinie 9 ausgesprochen und dafür diverse Initiativen im Stadtrat ergriffen. Eine Weiterführung der Linie 9 bis nach Markkleeberg oder mindestens bis zum Wolfswinkel, der noch zum Stadtgebiet gehört, wäre ökologischer und wirtschaftlicher gewesen als die Umstellung auf die Busverbindung. Leider haben wir im Stadtrat keine Mehrheit gefunden. Zum 28.11.2015 wurde die Bahnlinie eingestellt. Seitdem muss man am Connewitzer Kreuz in die Buslinie 70 umsteigen, um nach Markkleeberg-West zu gelangen.

Strategie- und Nutzungskonzept zur Entwicklung des agra-Areals in Leipzig-Dölitz

Die Zukunft des agra-Geländes in Dölitz war in den letzten Jahren ein Dauerbrenner. Insbesondere der Plan der Stadtverwaltung Wohnbebauung zu errichten, hätte das Ende der agra als Veranstaltungs- und Messeareal bedeutet und hätte auch für das Wave-Gothik-Treffen das Aus bedeutet. Dieser Plan wurde bereits 2009 abgewendet. Verschiedenen Zukunftswerkshops unter Beteiligung von NutzerInnen, Umweltverbänden, der Stadt Markkleeberg und der Politik und ein daraus geronnenes Nutzungskonzept brachten im Jahr 2011 zwar Ergebnisse, verschwanden jedoch in der Schublade. Im Jahr 2016 brachte die Stadtverwaltung erneut die Umgestaltung der agra zum Wohngebiet ins Gespräch. DIE LINKE fand im Oktober 2015 eine Mehrheit für ihren Antrag zur erneuten Entwicklung eines Strategie- und Nutzungskonzeptes unter Wahrung des Veranstaltungs- und Messecharakters der agra.

Umgestaltung der Bernhard-Göring-Straße zur Fahrradstraße und Erneuerung der Arthur-Hoffmann-Straße mit durchgängigem stadtauswärtigem Kfz-Verkehr

Im Zuge der Diskussion über die Umgestaltung der Karl-Liebknecht-Straße 2010 wurde auch die Umwidmung zu einer verkehrsberuhigten Fahrradstraße diskutiert. Dieses Modell wurde seinerzeit abgewählt. Stattdessen soll nun die parallel liegende Bernhard-Göring-Straße für die unzähligen FahrradfahrerInnen, die den Weg vom Süden in Richtung Innenstadt nehmen, fit gemacht werden. Dazu ist es notwendig, die daneben liegende Arthur-Hoffmann-Straße verkehrstechnisch zu ertüchtigen bzw. im nördlichen Bereich für den stadtauswärtigen Verkehr zu öffnen. Zur Beschleunigung dieser Maßnahmen beantragte die Linksfraktion, 60.000 Euro im Doppelhaushalt 2015/2016 einzustellen. Dies wurde berücksichtigt.

Pachtvertrag für den Wagenplatz Focke 80

Seit fast 17 Jahren wohnen auf dem Grundstück Fockestraße 80 Menschen in Wagen, derzeit sind es an die 50, darunter auch Kinder. Vor weit über einem Jahr zeigten diese an, das Grundstück kaufen zu wollen, um für ihre Wohnform eine Perspektive zu haben. Die Stadt ließ die BewohnerInnen in Unkenntnis über die Zukunft. Auf Grundlage eines Änderungsantrages des SPD-Stadtrats Christopher Zenker schlug die LINKE-Stadträtin Juliane Nagel mit einem eigenen Antrag vor, eine vertragliche Nutzung des Geländes zwischen Stadt und BewohnerInnen zu erarbeiten und die schon lange geplanten Abrissarbeiten von auf dem Grundstück befindlichen Gebäuden zu stoppen. Dieser Antrag wurde vom Stadtrat im März 2016 angenommen.

Sichere Nutzung des Goethesteigs in Dölitz für FußgängerInnen und RadfahrerInnen

Mit einem sich aktuell im Verfahren befindlichen Antrag will die Linksfraktion die Situation von FußgängerInnen und RadfahrerInnen im Bereich Goethesteig – Matzelstraße bis zur Bornaischen Straße (Dölitz) verbessern. Der beschriebene Straßenabschnitt verfügt zu großen Teilen weder über einen Fußweg noch über durchgehende Fahrradstreifen/-wege. Zudem ist die Straße in einem schlechten Zustand, die Straßenränder sind unbefestigt. Der Goethesteig fungiert als Zubringer zur B2 und ist durch Autoverkehr stark genutzt. Gleichzeitig befinden sich auf der Strecke der Eingang zum agra-Park und zum Sportplatz von Turbine Leipzig und dem Roten Stern Leipzig. Viele Familien, Kinder und Jugendliche nutzen diese Wegstrecke täglich. Die Stadtverwaltung ordnet diese dringliche Maßnahme erst ab 2020 ein. Die Abstimmung des Antrages steht noch aus.

Kitas und Schulen

Nicht nur neue Kitas und Schulen müssen gebaut, sondern bestehende auch so gesichert werden, dass sie weiterhin nutzbar sind. Auf Antrag der Linksfraktion wurde die Stadtverwaltung im Oktober 2015 vom Stadtrat beauftragt, den Sanierungsstau in den Leipziger Kitas zu erfassen und eine Prioritätenliste zur Sanierung vorzulegen, wie sie in Bezug auf Schulen bereits existiert. Der Sanierungsbe-

darf in Kitas wurde 2011 auf 50 Millionen beziffert, im Bereich der Schulen liegt er mit ca. 470 Millionen Euro etwa zehnfach so hoch. Die hierfür jährlich zur Verfügung gestellten Mittel reichen nicht, was vor allem auch an den zu niedrigen investiven Zuweisungen des Freistaates liegt.

Neubau der 31. Grundschule

Fraktionsübergreifend haben sich StadträtInnen für den zügigen Beginn eines Neubaus der 31. Grundschule in Probstheida eingesetzt. Seit 1998 fungiert ein Container als Interim. Dieser ist inzwischen marode und überbelegt. Auf Druck des Stadtrates haben die Planungen für den Neubau nun begonnen. 2019 soll die neue vierzügige Schule mit Sporthalle am Standort Thierschstraße ans Netz gehen.

Jugendclub in Liebertwolkwitz

Der Ortschaftsrat Liebertwolkwitz hat im Jahr 2015 die Reetablierung eines Jugendclubs beantragt. Drei Jahre zuvor war der Club der AWO geschlossen worden. Das Anliegen wurde zunächst für den Doppelhaushalt 2015/2016 nicht berücksichtigt. Die Bedarfe im Bereich der Jugendhilfe für die kommenden zwei Jahre werden in Kürze in den Gremien des Stadtrates beraten. Hier wird die Linksfraktion ein Augenmerk auf die Entwicklung eines bedarfsgerechten Angebots für den Ortsteil Liebertwolkwitz legen.

DIE LINKE im Stadtrat

Im Mai 2014 wurde der Leipziger Stadtrat zuletzt gewählt. Mit **17 StadträtInnen** ist DIE LINKE die zweitgrößte Fraktion.

Für den **Stadtbezirk Süd** sind in den Stadtrat gewählt: Adam Bednarsky, Marco Götzke und Juliane Nagel. Im **Stadtbezirk Südost** ist Margitta Hollick Stadträtin für DIE LINKE. Die nächste Stadtratswahl findet 2019 statt.

Bei Anliegen, Anregungen und Fragen kann **Kontakt** über die Geschäftsstelle der Linksfraktion aufgenommen werden:
Neues Rathaus, Zimmer 186
Tel.: 0341 - 123 2150 oder - 2159
Mail: linksfraktion@leipzig.de

Die Kohle auf den Tisch!

das verdient unsere Landtagsabgeordnete

Einnahmen:

Grunddiät	5.337,64 €
Zuschuss gesetzl. Krankenversicherung	284,00 €
Zuschuss gesetzl. Rentenversicherung	1.131,35 €
Zuschuss gesetzl. Pflegeversicherung	42,00 €
Entschädigung Versammlung der sächs. Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM)	384,00 €
Sitzungsgeld SLM und Ausschuss Programm und Jugendschutz	47,00 €
Nebenverdienste	0,00 €
Summe	7225,99 €



Juliane Nagel veröffentlicht auf ihrer Website detailliert, was sie als Landtagsabgeordnete und Stadträtin bekommt und was sie ausgibt. Hier die Übersicht als Landtagsabgeordnete. Mehr Zahlen & detaillierte Erklärungen auf:

www.jule-nagel.de

Ausgaben:

Einkommenssteuer*	1.459,06 €
Beitrag gesetzl. Kranken- & Pflegeversicherung	696,01 €
Beitrag gesetzl. Rentenversicherung	1.131,35 €
Mandatsträgerbeitrag an DIE LINKE	800,00 €
Spende Spendenfonds der Linksfraktion im sächsischen Landtag	100,00 €
Einzahlung Solifonds für Projekte	300,00 €
Summe	4486,42 €

* Diese Einkommenssteuer ist eine Vorauszahlung. Zur Drucklegung dieses Heftes war der Einkommenssteuerbescheid von 2015 noch nicht da. Die Endsumme kann daher leicht variieren.

Zwischensumme Einnahmen:

Summe 2739,57 €



weitere regelm. Ausgaben

Mitgliedbeiträge Vereine, ver.di, Mieterverein, DIE LINKE ...	265,33 €
weitere Spenden an Projekte, Vereine, ...	185,00 €
Summe	450,33 €

davon gehen noch ab

es verbleibt fast

(fast) verbleibend:

Summe 2289,24 €

Warum „fast“? Einfach, weil es noch andere politikbezogene, jedoch nicht regelmäßige Ausgaben z. B. in Form von Einzelspenden gibt. Das alles findet sich aber auf der Website.

Nach § 5 Abgeordnetengesetz erhalten MdLs monatlich eine steuerpflichtige **Diät** in Höhe von 5.337,64 €, einen **Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung** von monatlich insgesamt 326 €, einen **Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung** in Höhe von 1.131,35 €.

Die Diät sowie der Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung **sind steuerpflichtiges Einkommen**. Der **Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung** entspricht mit 1.131,35 € exakt der Höhe des oben genannten Zuschusses. Jule ist auch als Abgeordnete weiter **gesetzlich** krankenversichert und zahlt einen **Pflege- & Krankenversicherungsbeitrag** von monatlich 696,01 €. Da es den oben genannten Zuschuss in Höhe von 326 € monatlich gibt, wird die Differenz von 343,28 € gleichfalls aus der Diät gezahlt. Es gibt zudem wiederkehrende Ausgaben

aus der Diät, wie **freiwillige Beiträge und Spenden** an DIE LINKE, **Spenden an den Spendenfonds** der Fraktion und **weitere regelmäßige Spenden**.

Abgeordnete des Sächsischen Landtags bekommen nach § 6 Abgeordnetengesetz eine steuerfreie **Aufwandspauschale**, um Fahrtkosten, die Wahlkreisarbeit, Bürokosten usw. zu bestreiten. Die Pauschale liegt bei Juliane bei monatlich 4.099 €. Aus dieser Aufwandspauschale werden 3.450 € im Monat an Fixkosten für das Büro linXXnet bezahlt (Miete; Betriebskosten wie Strom & Wasser, Kommunikationskosten; Kopierkosten; Veranstaltungskosten im linXXnet, Fahrtkosten für ReferentInnen, Flyerdruck, etc.), 200 € für die regionale politische Arbeit der Landtagsfraktion und der Rest fließt in Wahlkreisarbeit, ein Veranstaltungsbudget und sonstige politische Arbeit. Konkret also beispielsweise

Projekte, wie die Erstellung eines Leitfadens für kommunale Asylpolitik.

Jule steht, wie anderen Landtagsabgeordneten, ein **monatliches MitarbeiterInnenbudget** in Höhe von 5.427,74 € zur Verfügung. Dieses Geld ist, im Gegensatz zur Aufwandspauschale, zweckgebunden. Weiterhin steht Jule für die gesamte Wahlperiode **einmalig ein Zuschuss** zur Einrichtung einer Abgeordnetenbüros in Höhe von 5.124 € zur Verfügung. Davon wird bzw. wurde die technische Infrastruktur im Büro angeschafft, ersetzt und erneuert. (Das linXXnet stellt BesucherInnen im öffentlichen Bereich bspw. kostenlos zwei PCs mit Druckmöglichkeit und Internetzugang zur Verfügung, beteiligt sich bei Freifunk und anderes mehr.)

Mehr Infos und wie das alles bei StadträtInnen aussieht auf jule-nagel.de

Hat sich hier Frauke Petry als Charlie Chaplin verkleidet?

Montage: Arno Nym

Mut zur Wahrheit: Das will die AfD

Aua!

Das tut ganz schön weh, aber wir haben es trotzdem gemacht: Das **AfD-Parteiprogramm** gelesen. Hier die absoluten Höhepunkte aus den Kategorien „Unsoziales“, „Widersprüchliches“ und natürlich auch „lustige Klimageschichten mit Frauke“.

Privatisierungen: Findet die AfD grundsätzlich erstmal gut. In ihrem Programm heißt es: »Wir wollen prüfen, inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können.«

Parteienfinanzierung: Hier sagt die AfD, die »verdeckte Parteienfinanzierung ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen«. Nicht falsch, witzig ist nur: Es war die AfD, die um die volle staatliche Wahlkampfkostenerstattung von fünf Millionen Euro ausgezahlt zu bekommen, mindestens zwei Millionen Euro durch den Verkauf von Goldbarren und -münzen angekurbelt hat. Diese von der AfD genutzte Rechtslücke ist jetzt geschlossen – ganz ohne die AfD.

Waffen: Laut Grundsatzprogramm ist man nicht nur gegen eine Verschärfung des Waffenrechts, sondern sagt auch, dass »freiheitsbeschränkende Eingriffe« diesbezüglich minimiert werden sollen. Das meint: Eine Lockerung des Waffenrechts. Und das führt zu: Mehr Waffen im Umlauf.

Wehrpflicht: Soll wieder eingeführt werden.

Religion: Die AfD fordert keine Trennung von Staat und Kirche. Sie übersieht den großen Anteil konfessions- und religionsloser Menschen gerade in Ostdeutschland und meint, an erster Stelle unserer Gesellschaft stünde

die »religiöse Überlieferung des Christentums«.

Längeres gemeinsames Lernen: Die AfD wendet sich gegen längeres gemeinsames Lernen und Gemeinschaftsschulen, die sie als »nivellierende Einheitsschule« bezeichnet. Die AfD befürwortet »uneingeschränkt das Leistungsprinzip«. Was für die ganze Welt schon schlecht ist (Kapitalismus und Konkurrenz) soll noch brachialer auch für Kinder gelten.

Gleichstellung: Gleiche Möglichkeiten für Frauen lehnt die AfD ab. Im Programm heißt es daher: »Die AfD lehnt Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt generell ab.«

Vermögens- & Erbschaftssteuer: Im Programm heißt es: »Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer abschaffen.« Große Vermögen sollen also nicht besteuert werden, Millionäre ihre riesigen Vermögen ohne Steuern einfach weitervererben können. Dabei gilt: Kaum ein Land erzielt bei den vermögensbezogenen Steuern so geringe Einnahmen wie Deutschland. Der Anteil dieser Steuern am Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2010 nur 0,8 Prozent. Das ist nur rund ein Drittel des Durchschnitts der EU-27-Länder (2,5 Prozent). DIE LINKE dagegen fordert

die Wiedereinführung der Vermögensteuer, und zwar in der Form der Millionärsteuer, denn die Vermögensteuer stärkt die soziale Gerechtigkeit.

Mietpreisbremsen: Dagegen wendet sich die AfD. Diese würden keine »Entspannung am Wohnungsmarkt« bringen.

Wettbewerb und Kapitalismus: Im Programm der AfD heißt es: »Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle. Denn Wettbewerb schafft die Freiheit, [...] eigenverantwortlich Verträge zum eigenen Vorteil [...] zu schließen.«

Klimawandel: Zu CO₂ fällt der AfD ein: »Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.« Die AfD will daher »Schluss mit der ‚Klimaschutzpolitik‘« machen. »Klimaschutz-Organisationen werden«, ginge es nach der AfD, »nicht mehr unterstützt.«

Fracking & Atomenergie: Die AfD ist für Fracking und Atomenergie. Im Programm heißt es vorsichtig formuliert: »Sollten die Risiken beherrschbar erscheinen, wollen wir Fracking entwickeln und mögliche Standorte erkunden lassen.« und: »Die überhasteten Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft von 2002 und 2011 waren sachlich nicht begründet und wirtschaftlich schädlich.«

Keine Tricks und Geschäfte zulasten von älteren Menschen!

Zum Jahresende 2014 schlugen die Wellen im Seniorenwohnpark in der Biedermannstraße in Connewitz hoch: Die Caritas musste nach 14 Jahren Betreuungsarbeit das Feld zugunsten der VitaMed GmbH, dem Pflegedienst der neuen Hauseigentümerin Leyendecker KG, räumen. Konkret hieß das die Kündigung der Begegnungsstätte, des Pflegedienstbüros und des Pflegebads zum 31.12. 2014. Die MieterInnen standen vor der Wahl, ganz auf die Betreuungsangebote im Haus zu verzichten oder sich zum – bisher – selben Preis mit dem neuen Anbieter zu arrangieren. Ein Muss gibt es dabei nicht, denn die Mietverträge sind nicht mit den Serviceverträgen verkoppelt. Dazu gibt es keine rechtliche Handhabe, es sei denn dies

ist im Mietvertrag festgeschrieben. Unbenommen davon sind ebenfalls Pflegeverträge, die die BewohnerInnen individuell mit dem Pflegedienst ihrer Wahl abschließen können. So kommt es, dass trotz des Eigentümerwechsels für die Wohnanlage in der Biedermannstraße, die 114 barrierefreie, altersgerechte Wohnungen umfasst, einige MieterInnen (weiterhin) auf den Abschluss von Serviceverträgen (der z. B. die Nutzung von Angeboten der Begegnungsstätte, eines Notrufdienstes oder Essensversorgung beinhaltet) verzichten. Ebenfalls ist davon auszugehen, dass MieterInnen Pflegeleistungen weiterhin über die Caritas in Anspruch nehmen, obwohl diese nun von einem ande-

ren Standort aus geleistet werden müssen. In der heißen Phase zum Jahresende 2014 bestand bei MieterInnen vor allem die Sorge um die Erhöhung der Kosten für Service- und Betreuungsleistungen oder die Änderung der Mietverträge.

Seit Kurzem, also mehr als ein Jahr nach dem Eigentümerwechsel, bahnte sich tatsächlich Stress an.

So verschickte der neue Hauseigentümer im Frühjahr 2016 Briefe an MieterInnen. Darin wird mehr oder weniger subtil Druck auf die ausgeübt, die keinen Betreuungs- und Servicevertrag mit der Gesund-Wohnbau GmbH, die im Auftrag der VitaMed GmbH agiert, abgeschlossen haben.

In dem Schreiben wird den älteren Leuten vorgeworfen, dass sie durch den Nicht-Abschluss eines Betreuungsvertrages die Kosten für die anderen MieterInnen steigern würden. Weiterhin wird in dem Schreiben gedroht, dass „bei Nichtabschluss eines Betreuungs- und Servicevertrages aus finanziellen Gründen im schlimmsten Fall das Betreuungsangebot eingestellt werden, oder die Preise durch die Gesund-Wohnbau GmbH erheblich erhöht werden“ müssen.

Den MieterInnen, die ohne Zusatzvertrag in den Wohnungen leben, wird zu allem Überfluss vorgeworfen, dass sie Wohnungen „blockieren“ würden und nahe gelegt, dass sie sich „um eine Wohnung mit einer vereinfachten Wohnform“ bemühen sollen. Dabei ist die Wohnanlage seinerzeit mit erheblichen Fördermitteln des Freistaates Sachsen als altersgerechte und barrierefreie Wohnanlage gebaut worden. Zusatzangebote konnten „auf Wunsch“ zusätzlich und gegen Bezahlung in Anspruch genommen werden.

Das Vorgehen des neuen Eigentümers ist nicht nur hochgradig unseriös und setzt ältere Menschen unter Druck, die Intention ist vor allem nicht rechtmäßig. Es gibt keinen Zwang, die Mietverträge mit den Serviceverträgen und Pflegeverträgen zu verkoppeln. Dies ergibt sich weder aus den bestehenden Mietverträgen noch aus gesetzlichen Vorschriften.

Durch juristische Beratung und das solidarische Engagement von ConnewitzerInnen wurde den betroffenen MieterInnen der Wohnanlage der Rücken gestärkt, keine Verträge abzuschließen, die sie nicht wollen.

Sie sind nicht dafür verantwortlich, dass sich die Übernahme durch den neuen Servicedienstleister und Pflegedienst nicht rechnet.

Im Fall der Biedermannstraße war vor allem auch das Engagement von interessierten Anwohnerinnen und Anwohnern wichtig. Fast zwanzig Initiativen und Geschäfte aus dem Stadtteil richteten sich mit einem Offenen Brief an Eigentümer, Service- und Pflegedienstleister. Achtsamkeit und Solidarität lohnen sich!

Der Seniorenwohnpark in der Biedermannstraße 40:





Juliane Nagel

...engagiert sich für soziale und demokratische Stadtentwicklung und ist auch im Stadtrat am Thema „Leerzug“ dran.

Mühlholzgasse: Mehr als das halbe Haus steht leer. Dabei wird günstiger Wohnraum in Leipzig gerade jetzt so dringend benötigt.

Stiller Leerzug und Preiserhöhungen in LWB-Beständen im Leipziger Süden

Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft LWB hat als 100-prozentige Tochter der Stadt Leipzig eine besondere Bedeutung für die Wohnungssituation in dieser Stadt. Über sie kann die Kommune selbst Einfluss auf den ansonsten privatwirtschaftlich dominierten Wohnungsmarkt nehmen, der über zwei Drittel der Wohnungsbestände in Leipzig verfügt. Vor allem ist die LWB auch für die Versorgung einkommensschwacher Haushalte mit bezahlbarem Wohnraum – momentan insgesamt mindestens 20.000 Wohnungen – verantwortlich. Dies ist auch in den Eigentümerzielen festgeschrieben, die der LWB vom Stadtrat für ihr Agieren zugrunde gelegt werden. In Süd und Südost ist die LWB im Vergleich zu anderen Stadtbezirken mit angemessenen Wohnungsbeständen vertreten. Der Ausverkauf der vergangenen Jahre, mit dem fast die Hälfte der Bestände veräußert wurden, hat die Einflussmöglichkeiten geschwächt. Angesichts des unaufhörlichen Wachstums der Stadt orientiert die LWB nun allerdings selbst wieder auf Neubau. Auch die Sanierung von Beständen ist geplant. Den Schwerpunkt stellt dabei der Leipziger Süden dar.

Es geht um insgesamt 340 Wohneinheiten in Connewitz und in der Südvorstadt, die mittelfristig saniert werden sollen. Sicher ist Sanierung per se nichts Schlechtes und kann für MieterInnen eine Verbesserung des Lebensstandards bedeuten. Die zentrale Frage ist die des Bleiberechts der MieterInnen trotz Sanierung, der durch die Maßnahmen steigenden Mieten und die der Mitbestimmung über den notwendigen Sanierungsstandard.

Die LWB geht hier nicht sonderlich transparent vor, zudem werden leer stehende Wohnungen nicht mehr vermietet – obwohl der Zeitpunkt der Sanierungsmaßnahmen nicht feststeht und dringend bezahlbarer Wohnraum vonnöten ist. Auch sollen verbliebene MieterInnen in einzelnen Objekten bereits zum Auszug gedrängt worden sein. Anstelle von Kaltmietpreisen von – wie aktuell – unter 4 € je m² wird nach den

Sanierungen ein höherpreisiges Segment, sprich über 5,19 € je m² Nettokaltmiete, angesteuert. Den MieterInnen, die aufgrund des kalkulierten Leer-Ziehens ihrer Häuser nicht schon von selbst ausgezogen sind, droht Verdrängung. Im Süden Alternativen zu finden, dürfte vielen von ihnen schwer fallen, denn hier sind die Preise längst angezogen. Schleichende Entmietung, drohende Preissteigerungen und ein intransparentes Agieren gegenüber den MieterInnen – das kann und darf nicht Methode insbesondere eines kommunalen Wohnungsunternehmens sein. Die leer stehenden Wohnungen müssen zur Nutzung geöffnet und mögliche Sanierungspläne mit den MieterInnen besprochen werden. Dies ist in diesem Fall die Minimalforderung. Nicht zuletzt könnten die Mittel für soziale Wohnraumförderung, die das Land nach langem Ringen wieder, allerdings auf viel zu geringem Niveau, zur Verfügung stellen will, genau auch in diese Objekte fließen. Denn der freie Markt wird keinen bezahlbaren Wohnraum schaffen, denn es ist der kapitalistische Markt.

Vor dem Hintergrund des Wachstums der Stadt, des drohenden Mangels besonders an bezahlbaren Wohnungen und der steigenden Belastung der MieterInnen mit Mietkosten müssen die LWB-Bestände – derzeit festgeschrieben auf 36.000 Wohneinheiten – und damit der Anteil an Wohnungen für einkommensschwache Haushalte sowieso erhöht werden. Auch die von der LWB zugrunde gelegte Definition scheint überarbeitungsbedürftig: Als Richtwert dafür gelten „die Angemessenheitsgrenzen der Bedarfe für Unterkunft und Heizung für Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger zusätzlich 10 %“, sprich momentan 4,96 € je m² und 5,19 € je m² Nettokaltmiete.



Mühlholzgasse: Günstige Mieten ade? Die Häuser an der Ecke Teichstraße und Mühlholzgasse sollen saniert werden.



Kochstraße: Fast vollständig leer gezogen. Die Kochstraße Leipzig 59, 61 und 63.

Hilfe konkret!

Mietsprechstunde im Süden: An jedem 1. Dienstag im Monat von 19 bis 20 Uhr bietet die Initiative „Für das Politische“ im Büro der Alternativen Wohngesellschaft Connewitz in der Wolfgang-Heinze-Str. 22 eine Mietsprechstunde an. Geholfen werden kann bei Stress mit VermieterInnen, Hausverwaltungen, etc.

Netzwerk „Stadt für alle“: Das Netzwerk setzt sich für das Recht auf Stadt und soziale und demokratische Stadtentwicklung ein. Infos unter: www.leipzig-stadtfueralle.de

Mieterbund Leipzig: Für Mitglieder (6.5 € / Monat) gibts kostenlose Beratung und ggf. kostenlosen Rechtsbeistand. www.mieterbund-leipzig.de

Fotos: connewitz.wordpress.com

DAS KLEINE STADTTEIL QUIZ

1 Löbnig: Welchen Namen trägt das Gymnasium in Löbnig, welches, nahe am Silbersee gelegen, regelmäßig in der Zeitung landet, da seine Schülerinnen und Schüler in diversen Wettbewerben besonders gut abschneiden?

3 Marienbrunn: Wofür steht das „IL“ des Flugzeugstyps IL-62, von dem ein Exemplar in Marienbrunn der Gaststätte „Regenbogen“ auf der Arno-Nietzsche-Straße als Freisitz dient?

5 Südvorstadt: An welchem Platz in der Südvorstadt, der seit 2009 auch eine eigene Haltestelle hat, die dessen Namen trägt, findet/fand am 27. August 2016 das Kinder- und Sommerfest von DIE LINKE statt?

7 Connewitz: Am 11. Januar überfielen Nazi-Hooligans den Ortsteil Connewitz und verwüsteten zahlreiche Läden und Geschäfte. In welcher Straße fand der Übergriff Anfang dieses Jahres statt?

2 Liebertwolkwitz: Im Jahr 2001 wurde die ehemalige Holzhausener Südstraße nach einem 1979 gestorbenen Maler, Bildhauer und Dichter benannt. Die Straße markiert die Grenze zu Liebertwolkwitz. Wie heißt sie?

4 Meusdorf: Wie heißt die Grundschule in Meusdorf, die am Schwarzenbergweg 4 gegenüber dem Wirtshaus am Monarchenhügel zahlreichen Kindern neben Unterricht auch einen schönen Schulgarten bietet?

6 Dölitz-Dösen: Im Jahr 2014 wurde der 200. Jahrestag des Wiederaufbaus welchen denkmalgeschützten Bauwerks in Dölitz, das ehrenamtlich vom Verein „Grün-Alternatives-Zentrum e. V.“ betreut wird, gefeiert?

8 Probstheida: Den Namen welchen Antifaschisten trug die Klinik für Orthopädie und Rehabilitation in Probstheida bis zum Neubau und Fusion zum Parkkrankenhaus im Jahr 1993?

Antworten

- 1 13 - - - - - 10 - - - - - Gymnasium
- 2 6 - - - - - 12 - - - - - Straße
- 3 - - - - - 1 - - - - - 14
- 4 - - - - - 8 - - - - - 3 - - - - - Grundschule
- 5 - - - - - 11 - - - - -
- 6 - - - - - 7 - - - - - 9 - - - - -
- 7 5 - - - - - - 2 - - - - - Straße
- 8 Dr. - - - - - 4 - - - - -

Gewinne:
 a) Büchergutschein der sympathischen Buchhandlung „el libro“ im Wert von 30 €.
 b) Ein Jahr kostenlose Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE (max. Übernahme von 20 € Mitgliedsbeitrag je Monat).
 c) Ein Überraschungspaket mit Material und Gimmicks von DIE LINKE.

Und so geht's:
 Bis 31.08.2016 eine E-Mail mit dem Betreff „Gewinnspiel Süd“ und dem Lösungswort schicken an: gewinnspiel@dielinke-leipzig.de
 Oder: frankierten Brief mit Kontaktdaten und Lösungswort an folgende Adresse schicken:

linXXnet
 Fach: Gewinnspiel
 Bornaische Str. 3d
 04277 Leipzig

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14